

Volksstimme

Abonnements:
 Monatlich 85 Pfennig einschließlich
 Trägerlohn; durch die Post bezogen
 bei Selbstabholung vierteljährlich
 Mark 2.55, monatlich 85 Pfennig.
 Erscheint an allen Wochentagen
 nachmittags.

Telegramm-Adresse:
 „Volksstimme, Frankfurt/Main“.
 Telefon-Anschluss:
 Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Inserate:
 Die Spalte Zeitzeile 15 Pfg.,
 bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
 Inserate für die folgende Nummer
 müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
 pedition Wiesbaden abgegeben
 sein. Schluss der Inseratenannahme
 in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postcheckkonto 529.
 Union-Druckerei u. Verlagsgesellschaft,
 G. m. b. H., Frankfurt a. M.
 (nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
 Bittlich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
 beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
 Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
 Redaktionbüro: Wehrstr. 49, Telefon 1026 - Expedition: Bleichstr. 9, Telefon 5716.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.
 Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 220 **Dienstag den 19. September 1916** **27. Jahrgang**

Die Zerrüttung Griechenlands.

Ungarn und Oesterreich.

Noch hat man nichts gehört von der Abstimmung über die Anträge der ungarischen Opposition, die sich schroff gegen Tisza und Burrian wenden, aber von vornherein war Tisza eines Vertrauensvotums sicher; er hätte es erlangt, auch wenn die Opposition klüger und geschickter operierte. Und sie betrieb ihr Werk mit beinahe unheimlicher Verfehrtheit! Stand doch im Mittelpunkt das Verlangen, die Sondeb heimzurufen zur Verteidigung Siebenbürgens und kam doch die ganze Kritik schier dazu, die Verteidigung Ungarns durch ungarische Truppen außerhalb Ungarns als Staatsverbrechen hinzustellen. Eine Weisheit von jener Art, die sagt, der Verteidigungskrieg ende an den Landesgrenzen. Gerade den Ungarn hätte die einfachste Ueberlegung den Satz von der Einheit der Fronten verständlich machen müssen: Ungarn wird in der Dobrudscha verteidigt, wie es lange in Galizien verteidigt wurde. Und jetzt kämpfen deutsche Truppen in Siebenbürgen, Türken in Galizien! Das würde der Entente passen, wenn jeder ihrer Gegner nach dem Floriansgebet handeln würde; bequem würde einer nach dem anderen abgewürgt. Gegen eine Opposition, die nicht den einfachen Grundsatze begriffen hat, daß in diesem Kriege das Ganze für die Teile kämpft und jeder Teil, wo immer er steht, fürs Ganze, hat Tisza dreimal recht. Er würde selbst recht behalten, wenn alle Einwendungen der Opposition gegen die Kriegsführung wider Italien und den Mangel an Voraussicht gegenüber Rumänien zuträfen, eine Sache, die jetzt und hier nicht erörtert werden kann. Denn angenommen, die Kritik sei im Recht, so würde damit doch lediglich bewiesen sein, daß Staatsmänner und Seeresleitung Fehler gemacht haben, aber nicht überlegt, sondern befähigt wäre, daß nun erst recht die Truppen dort eingesetzt werden müssen, wo der größte strategische Erfolg zu erzielen ist.

Aber wie konnte passieren, daß Leute, deren Patriotismus nicht anzuzweifeln ist, sich so verrennen, und wie erklärt sich die Schärfe einer Kritik, die z. B. den Abgeordneten Rakosch als Beispiel Frankreichs zur Nachahmung empfehlen läßt, Frankreichs, das vor der Karneschlacht zwei Generäle habe erschießen lassen; und wie konnte Androssow von dem zwischen Ungarn und Oesterreich bestehenden Verhältnis sagen, nie sei es schlechter gewesen als gegenwärtig? Zur selben Zeit also, in der Magyaren und Deutschösterreicher auf den Schlachtfeldern treu verbunden kämpften, haßt man sich daheim? Ungeheuerliche Fehler liegen zugrunde, nur ist's falsch, die Fehlerforschung auf den Schlachtfeldern zu beginnen; daheim soll man suchen, in Politik, Volkswirtschaft und sozialem Leben! Ursprünglich ist die magyarische Opposition auf der rechten Spur gewesen, als sie Wahlrechtsreform, Grundbesitzreform, Revision der Nationalitätenverhältnisse forderte, und es tut ihrer Einsicht keinen Eintrag, wenn sie zu diesen Forderungen gekommen ist durch die Ueberlegung, daß alle diese Reformen ihnen nauten und der Herrschaft der Tiszagruppe zum Nachteil wirken würden. Damit wäre sogar extra bewiesen, daß das Oppositionsverlangen nach Rücktritt Tiszas im Interesse Ungarns liegt. Denn mögen viele diesen Mann den größten oder gar einzigen Staatsmann der Doppelmonarchie nennen: er ist die stärkste Kraft gegen die soziale Ueberwindung der magyarischen Oberklasse, deren unbedingte Herrschaft, schämmer noch wie in Deutschland die Herrschaft des Junkertums, eine ständige Gefährdung des Gesamtinteresses Oesterreich-Ungarns bedeutet. Was speziell die von den Magyarenjüngern distanzierte (und von der Opposition freilich mitgemachte) Rollpolitik gegen Serbien und Rumänien und die politisch-soziale Bedrückung der Serbo-Kroaten an Kriegswirtschaft ansehe, ist zu bekannt, als daß man es schildern müßte. Auch dann blieb die Opposition noch bei einer verständigen Politik, als sie es ablehnte, einem Koalitionsministerium unter Tiszas Vorhitz beizutreten und Tiszas Rücktritt zur Vorbedingung machte. Erst dann ams sie fehl, und nun freilich gründlich, als sie die magyarische Wehrkraft gleichsam seporieren wollte. Aber jemand hat tabeln, der von Augen Einsichten aussäht und lediglich durch die von anderen Leuten bewirkte Verdunkelung der Einsichten kofhoben wurde, das ist nicht unsere Sache.

Schließlich hat im Hauptpunkte sogar der miffrifizierte Burrian der Opposition moralisch Recht geben müssen. Ihr Hauptverlangen ist, Oesterreich solle die Voraussetzung für die Einberufung der Delegationen schaffen, damit Burrian als gemeinsamer Minister des Neuhern Redenschafft gebe. Burrian hat darauf einem Ausfrager des Budapester „Dirak“ gesagt, auch ihn drücke das erzwungene Stillstehen aus, auswärmste würde er begrüßen, wenn durch Einberufung der Delegationen ihm Gelegenheit gegeben würde, seinen Anklären Aug in Aug gegenüberzutreten. Also dem Mann, der es das Herz ab, weil er nicht reden kann, aber dieselbe Regierung, der er angehört, weigert sich, die Delegationen zu berufen. Delegationen sind Ausschüsse des österreichischen

und ungarischen Parlaments, die zusammentreten; und die österreichische Regierung sagt: Tut uns leid, unser Parlament ist nicht beisammen, also ist die Delegation unmöglich! Aber verdammt nicht dieselbe Regierung die Nichttagung des Reichsrats? Allerdings bequemer als mit dem durch Nationalitätenhader zerrissenen Reichsrat läßt sich mit dem § 14 regieren; man bewilligt sich selbst, was an „Staatsnotwendigkeiten“ gebraucht wird. Nur muß der Rückschlag gegen ein System, das dem Volkswillen keinerlei geregeltes Einspruchsrecht läßt, schließlich um so empfindlicher werden; Burrians Stoßseufzer läßt ahnen, daß bereits die Regierenden selber Herabklemmung empfinden. Trotzdem ist, selbst angenommen, die Einberufung des Reichsrats sei unmöglich, die Ablehnung der Delegationseinberufung unaufrechtig. Am 27. v. M. machte die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ sich das hochste Vergnügen, der Welt zu zeigen, daß die Regierung von der Unmöglichkeit nicht überzeugt sein kann. Sie bewies, daß am 12. Oktober 1910 die Delegationen zusammengesetzt sind, obgleich der Reichsrat nicht tagte, und zwar mit den in der vorausgegangenen Reichsrats-tagung gewählten Delegierten; und als nachträglich im Reichsrat gegen die Rechtsgültigkeit dieses Verfahrens Protest erhoben wurde, hat Minister Winerth es ausdrücklich verteidigt und hat am 2. Dezember 1910 wörtlich erklärt, „daß die erwählte Delegation so lange in Funktion bleibt, bis die neue Delegation gewählt wird“. So ist auch 1914 vor dem Krieg wieder verfahren worden, und als diesmal Widerbruch erhoben wurde dagegen, „daß eine Delegation zwei Sessionen halte“, erklärte mit der größten Entschiedenheit Ministerpräsident Sturath: „über die Vertikation der Delegierten zur Erfüllung derjenigen Aufgaben, zu deren Verabfolgung sie versammelt worden sind, kann ein Zweifel nicht obwalten“.

Na also! Es ginge; es geht nur nicht, weil die Regierung ohne Kontrolle bequemer zu wirtschaften meint. Da erwirbt die ungarische Opposition sich ein Verdienst, wenn sie auf Beseitigung des unhaltbaren Zustandes drängt; auch der deutsche Reichstag sollte Einspruch erheben. Formel hat er dazu kein Recht, aber er kann und muß die deutsche Reichsregierung darauf hinweisen, daß die gemeinsame Kriegsführung, bei der es doch wahrhaftig auf das Staatsbewußtsein jedes Einzelnen ankommt, leiden muß, wenn die Millionen im Heere Oesterreichs unter der dumpfen Einbindung stehen, daß alles geschieht, ohne daß ihren Vertretern Einspruchsrecht oder auch nur Kontrolle genährt wird. Freilich hätte das deutsche Bürgertum Oesterreichs selbst längst Wandel schaffen können, wenn es gewollt hätte. Oesterreich ist das einzige Land, dessen Volkvertretung in der ganzen Kriegszeit nicht einberufen wurde. Selbst die Regierung Rußlands sah sich zur Einberufung der Duma genötigt, ohne deren Bewilligung weder die Banken Amerikas, noch die heimischen Kreditinstitute die Kriegskredite ausleihen hätten; in Oesterreich aber ließ der deutsche Botschafter, der doch in Banken und Börsen bestimmend auftritt, die Wirtschaft nach § 14 ins Kraut schießen. Endlich will man jetzt so tun, als ob man täte: das Gros der deutschen Reichsratsvertreter hat einen Nationalverband gebildet, der Wiederherstellung des Parlamentarismus erstrebt und allerdings seine Tätigkeit mit einer kläglichen Halbheit begonnen hat: statt der klaren Forderung, daß der erste Vertretertag eine Einberufung der Delegationen des Reichsrats und der Delegationen aus. Und dieser kläglichen Halbheit beizutreten, hat man die Sozialdemokraten eingeladen! Weiter haben „die politisch führenden Persönlichkeiten“ der Wiener Universität Kundgebungen, daß sie nun vortreten wollen. Schier könnte man meinen, die Regierung habe sich eine Opposition bestellt, der sie nachsehen kann; denn wohl läßt die Regierung sich ganz amisch nicht mehr. Und irgendwo: muß der bestehende Zustand behoben werden, sollen nicht die höchsten Folgen eintreten.

Nebenfalls: erbaulich ist's nicht, auf Oesterreich-Ungarn zu blicken: wir haben in Deutschland allzuviel, was die berechtigte Kritik des Auslandes erregt, in der Doppelmonarchie aber sieht es seltsam aus. Und mag die magyarische Opposition in ihren Forderungen hinterhant, verstecken, vielfach irreführend sein: ihr bleibt als Verdienst, das Geseh der österreichischen Trägheit überwunden und die Dinge in Fluß gebracht zu haben!

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)
 Großes Hauptquartier, 18. Sept. (B. S. S. S. S. S.)
 Die Kämpfe in Ost und West dauern an.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Die gewaltige Sommer-Schlacht führte auf 45 Kilometer Front von Dieppe bis südlich von Bernandovillers zu äußerst erbitterten Kämpfen, die nördlich der Somme zu unseren Gun-

sten entschieden sind, südlich des Flusses die Aufgabe völlig eingehender Stellungteile zwischen Parlez und Bernandovillers mit den Dörfern Veury und Denicourt zur Folge hatten. Unsere tapferen Truppen haben glänzende Beweise ihrer unerschütterlichen Ausdauer und Cyfertreue geliefert, ganz besonders zeichnete sich das westfälische Infanterie-Regiment Nr. 13 südlich von Voshavednes aus.

Starke feindliche Luftangriffe waren sich unsere Flieger entgegen und schossen in heftigen Gefechten 10 Flugzeuge ab.

Seeresgruppe Kronprinz.

Zeitweise lebhafter Feuerkampf im Masagebiet. Teillich von Heur vorgedehnte feindliche Abteilungen wurden zur Umkehr gezwungen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.
 Westlich von Lut verbindeiten wir durch unser wirkungsvolles Sperrfeuer ein erneutes Vordringen des Feindes aus seinen Stellungen gegen die Truppen des Generals v. d. Marwitz. Es kam nur nördlich von Szelow zu einem schwächlichen Angriff, der nicht abgewiesen wurde. Viele Tausende gefallener Russen bedecken das Kampffeld vom 16. September.

Zwischen dem Sereth und der Strypa endeten die wiederholten russischen Angriffe auf die Gruppe des Generals v. Eben mit einem in gleicher Weise verlustreichen völligen Mißerfolg, wie am vorhergehenden Tage.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

In schweren Kämpfen haben sich türkische Truppen, unterstützt durch die ihnen verbündeten Kameraden, westlich der Zitza Lipa der Angriffe des überlegenen Gegners erfolgreich erwehrt. Eingebundene feindliche Abteilungen sind wieder geworfen. Deutsche Truppen unter dem Befehl des Generals v. Gersl traten beiderseits der Rosarowa zum Gegenstoß an, dem die Russen nicht standhalten vermochten. Wir haben den größten Teil des vorgestern verlorenen Bodens wieder in der Hand. Abgesehen von den hohen blutigen Verlusten, hat der Feind über 3500 Gefangene und 16 Maschinengewehre eingeschleppt.

In den Karpathen sind russische Angriffe abgesehen.

In Siebenbürgen sind südlich von Gähina (Gahyga) neue, für uns günstige Kämpfe im Gange. Wir nahmen u. a. 7 Geschütze.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.
 Nach dreitägigem Rückzug vor den verfolgenden verbündeten Truppen haben die geschlagenen Russen und Rumänen in einer vorbereiteten Stellung in der allgemeinen Linie Rasowa-Cobadina-Tuzla bei neu herangeführten Truppen Aufnahme gefunden. Deutsche Bataillone sind längs der Donau südlich von Rasowa bereits bis zur feindlichen Artillerie durchgedrungen, haben 5 Geschütze erbeutet und Gegenangriffe abgewiesen.

Mazedonische Front.

Mehrfache vereinzelte Angriffe des Gegners an der Front zwischen dem Prespa-See und dem Wardar blieben ergebnislos.
 Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Fortsetzung der Italieneroffensive.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht vom 18. September meldet: Gestern erneuerte die italienische dritte Armee die Angriffe gegen unsere ganze Front auf der Karthothochfläche. Auch an diesem wichtigen Schlachttage behaupteten die tapferen Verteidiger ihre Stellungen. Wo der Feind in die ersten Gräben eintraf, wurde er durch Gegenangriffe zurückgeworfen. An vielen Stellen aber brachen seine Vorstöße schon im konzentrischen Feuer unserer drohen Artillerie unter schweren Verlusten zusammen. Das bewährte Infanterie-Regiment Nr. 87 hatte bei Lovico hervorragenden Anteil an der erfolgreichen Abwehr des feindlichen Ansturms. Im Nordabschnitt der Hochfläche schlugen Abteilungen des Infanterie-Regimentes Nr. 9 drei Angriffe der italienischen Grenadier-Blitz ab.

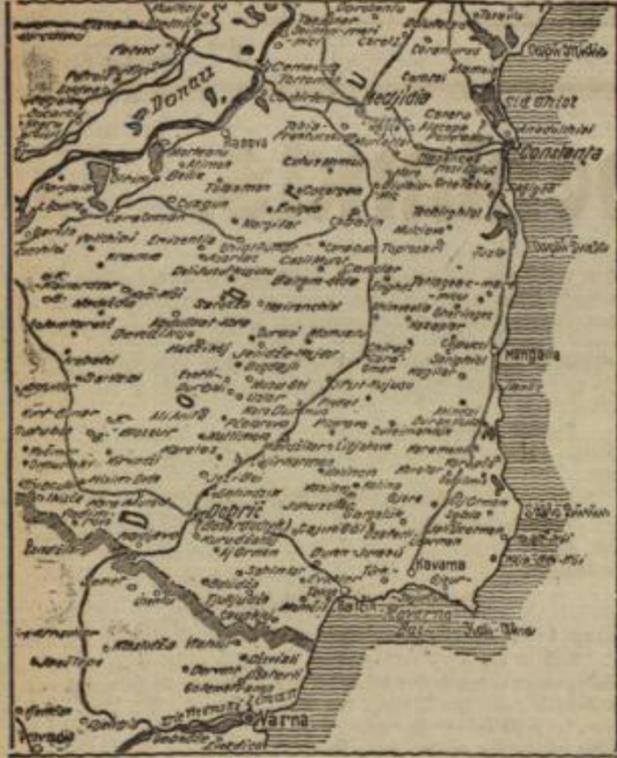
Das lebhafteste Geschützeuer von der Bippach bis in die Gegend von Wada hält an.

An der Pleimetal-Front wiederholten sich die vergeblichen Vorstöße schwächerer Abteilungen gegen unsere Stellungen auf dem Paffaner Kamm.

Vor dem Trajanswall.

Zwischen Constanta am Schwarzen Meer und Cernavoda an der Danau ziehen sich starke, die Dobrudscha quer sperrende Befestigungen hin; in barbarischer Reiz ist dort bereits ein Wall aufgeworfen worden, der Römerveldherr Trajan schon dann eine durchgehende Befestigungsanlage und in neuerer Zeit kamen Verstärkungen hinzu, die im Kriege 1854 Bedeutung erlangten. Schließlich hat Rumänien moderne Werke nachschaffen und untereinander verbunden; wie wichtig die ganze Befestigungsanlage ist, zeigt schon der Umstand, daß sie den

mit einer gewaltigen Brücke durch den riesenbreiten Donau-
 furt führende einzigen Schienenweg aus dem Innern
 Rumäniens nach der Küste führt. Heute, im Zeitalter weit-
 tragender Geschütze, ist's aber nicht mehr möglich, diesen
 Schutz in der Befestigungsanlage selbst zu sichern; händen
 bulgarisch-deutsche Truppen erst unmittelbar vor dem Tra-
 janswall, dann wäre es um die Sicherheit der Verbindung
 geschehen; vielleicht wären die Rumänen genötigt, mit eigen-
 er Hand die Brücke zu sprengen, damit sie nicht einem feind-
 lichen Einbruch dienstbar werde. Die Schutzstellung bedarf
 also selbst des Schutzes und zu dem Zweck sind Befestigungen
 angelegt, die sich von Masowa an der Donau nach Tuzla am
 Schwarzen Meere ziehen; auf dem Rärtschen kann der Feind
 die Linie ziehen. Masowa liegt nur reichlich fünf Kilometer
 von den Befestigungen der Donaubrücke und da südlich von
 Masowa deutsche Truppen bereits bis zur Artilleriestellung
 durchgestoßen sind, rückt die Gefährdung der Brücke bereits
 näher. Schon wurden Constanta und Cernavoda von der
 Zivilbevölkerung geräumt; die dort befindlichen staatlichen
 Archive wurden nach Braila verbracht.



Die Entscheidung, von der Wadensprach, besteht in
 der mindestens auf längere Zeit, wenn die Russen nicht sehr
 starke Kräfte nachschieben, auf die Dauer erfolgten Zurück-
 werfung des Feindes, der Verriegelung des Weges nach Bul-
 garien, der dadurch erzielten Sicherung der Verbindung zwi-
 schen den Zentralmächten und der Türkei und endlich der Mög-
 lichkeit, aus der Dobrudscha über die Donau Bulgare und das
 rumänische Kerngebiet zu bedrohen.

Vom unglücklichen Griechenland.

Das neue griechische Ministerium findet in Frankreich
 eine schlechte Presse. Der Vertreter des „Secolo“ in Athen
 telegraphierte seinem Blatte, die benesolische Presse sehe
 einen baldigen Konflikt des neuen Kabinetts mit der Entente
 vor. Mittelmäßig wurden in allen griechischen Telegraphen-
 büroen französische Journale eingeleitet. Das selbe italienische
 Blatt meldet aus Salonik: Nach der Militärrevolte, die wenig
 Anklang gefunden hat, und nach dem unerwarteten Rücktritt
 von Zaimis wollen die revolutionären Kreise in Salonik die
 Lage dadurch klären, daß sie ganz Griechisch-Mazedonien und
 die albanischen Inseln von Griechenland trennen und unter
 eine provisorische Regierung von Venizelos stellen. Es sei
 jedoch schwierig, zu sagen, wieviel Wahrscheinlichkeit für die
 Verwirklichung dieses Planes des nationalen Verteidigungs-
 Komitees in Salonik bestehe, dessen beschränkte Tätigkeit unter
 allgemeiner Teilnahmslosigkeit erfolge. Der politische Bedeu-

Kleines Feuilleton.

Die rumänischen Juden.

Die die Westmächte, so kämpft auch Rumänien für Recht,
 Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie — an Rußlands
 Seite! — gegen die deutschen Hunnen und Barbaren. Solche
 Ansprüche prüft man am sichersten an den inneren Zuständen
 des Landes selbst. Der Rechtslosigkeit und wirtschaftlichen
 Sklaverei der rumänischen Bauern haben wir schon gedacht.
 Prüfen wir nun, wie es den rumänischen Juden ergeht. Ihre
 Rechtslage läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:
 Die Juden werden nicht als rumänische Bürger betrach-
 tet, ja nicht einmal als rumänische Untertanen, sondern als
 Ausländer, ohne aber irgendwelchen ausländischen Schutz zu
 genießen. Sie können das Bürgerrecht nur erwerben durch be-
 sondere Zustimmung des Parlaments. Sie dürfen keine
 öffentlichen Ämter bekleiden, sind ausgeschlossen vom Staats-
 dienst in Stadt und Land, sind jedes Wahlrechts beraubt. Sie
 haben die Pflicht, beim Militär drei Jahre als Soldaten zu
 dienen, sind aber von jedem militärischen Avancement ausge-
 schlossen.
 In den Dörfern haben die Juden kein Wohnrecht. Sie
 sind von jeder landwirtschaftlichen Beschäftigung ausgeschlos-
 sen. Juden dürfen keine Rechtsanwälte sein, rumänischen
 Rechtsanwälten ist es verboten, jüdische Klienten zu halten.
 Nur in ganz geringem Prozentsatz sind Juden als Apotheker-
 gehilfen zugelassen. In keinem Direktorium einer Aktiengesell-
 schaft dürfen Juden die Mehrheit bilden. Rumänische
 Schiffe dürfen keine jüdischen Offiziere haben. Unter der
 Wahrung darf sich nicht mehr als ein Drittel Juden be-
 finden.
 Juden dürfen sich nicht als Import-Agenten betätigen.
 Handels-Gilden und -Vereinigungen dürfen Juden nicht als
 Mitglieder aufnehmen. Fabriken jüdischer Eigentümer oder
 solche Fabriken, die von Juden verwaltet werden, müssen
 mindestens den dritten Teil ihrer Arbeit an Rumänen ab-
 geben. Juden ist es verboten, sich mit dem Handel oder der
 Produktion von geistigen Getränken zu beschäftigen. Oeffent-

sel in Salonik werde von den Alliierten und Ereignissen in
 Athen abhängen. „Corriere della Sera“ bringt eine ähnliche
 Meldung.

„Daily Mail“ berichtet aus Athen, daß in Kozani die
 ersten verwundeten Griechen, die auf der Seite der Alliierten
 fielen, angekommen seien. Sie gehörten zu dem Freiwilligen-
 Regiment, das an dem Angriff bei Eziou teilnahm.

Griechenlands Schicksal und Skandinavien.

Der Pariser „Temps“ richtet folgende Warnung an die
 Neutralen: Das Beispiel Griechenlands ist zu typisch, um den
 Neutralen nicht die Gefahr zu zeigen, der sie sich aussetzen,
 und die aus dem Zwang der Sachlage folgt. Nicht die Alliierten
 sind es, die das griechische Unglück verschuldet haben, son-
 dern jene Griechen, die ihrem Lande eine widernatürliche
 Politik aufzwingen wollten. Anschließend fragt „Temps“, ob
 es auch in Schweden solche gefährliche Blinde gebe. Schweden
 Antwort auf die Note der Alliierten bestürzte mit ihrem
 bitter-süßen Ton ein wenig. Man könne jedoch nicht anneh-
 men, daß Schweden die Entente habe beleidigen wollen. Um
 so weniger könne es die Absicht haben, seine guten Beziehun-
 gen zu den übrigen nordischen Staaten am Vorabend der Zu-
 sammenkunft von Kristiania zu stören. Man dürfe deshalb
 annehmen, daß die Unstimmigkeit zwischen Schweden und
 den Alliierten seitens der Stockholmer Kabinetts bald beige-
 legt sein werde.

Ernährungs- und Teuerungsfrage in England.

London, 18. Sept. (W. U. Nichtamtlich) Meldung des Neutere-
 fachen Bureau. Das Ackerbauamt hat einen Bericht veröffentlicht,
 daß die Ernte im allgemeinen gut liege. Es herrsche aber Mangel
 an Arbeitskräften. In den meisten Teilen des Landes helfen Frauen
 und Soldaten den Bauern bei der Ernte.

Rotterdam, 18. Sept. (W. U.) Der „Nieuwe Rotterdamse
 Courant“ meldet aus London: Wenn die Sachverhalte nicht
 bald von der Regierung sichergestellt werden, daß Preisregeln
 ergriffen werden sollen, um die Lebensmittelvorräte unter Kontrolle
 zu stellen und Höchstpreise festzusetzen, wird ein großer Teil der
 Sachverhalte von gelehrten und halbgelehrten Arbeitern ge-
 meinsam von der Regierung die Einführung einer allgemeinen
 Lebenserhöhung fordern. Hinter der Bewegung sollen mindestens
 anderthalb Millionen Arbeiter stehen.

Morgari in Skandinavien.

Der italienische Abgeordnete und Parteiführer Oddino Morgari
 ist über Spanien, Portugal und England nach Skandinavien
 in Kopenhagen angekommen. Von hier aus beabsichtigt er, nach
 Stockholm, Kristiania und Haaga zu fahren, um mit den Persönlichkeiten,
 die in den neutralen Ländern für den Frieden tätig sind, Fühlung
 zu haben. Morgari, der jetzt 51 Jahre alt ist, vertritt seit 18 Jahren
 die Stadt Turin in der Deputiertenkammer. Als junger Mann
 war in den topographischen Abteilungen der Armee tätig, bekam
 aber wegen republikanischen Anschauungen seinen Abschied. Er schloß
 sich sehr früh der sozialdemokratischen Bewegung an.

Einem Mitarbeiter des „Sozialdemokraten“ gegenüber sagte
 Morgari, daß er zu denen gehöre, die am meisten die Teilnahme
 Italiens am Kriege bekämpft haben. Gleich 42 anderen sozial-
 demokratischen Abgeordneten habe er dreimal während des Krieges
 gegen das Vertrauensvotum für die Regierung gestimmt. Wenn
 er nicht gegen Kreditbewilligungen gestimmt hat, so war dies nur
 darauf zurückzuführen, daß diese überhaupt nicht zur Abstimmung
 vorgelegt wurden! Weiter erklärte Morgari, daß er mit keiner der
 kriegsführenden Parteien sympathisieren könne, da auf beiden Seiten
 nur imperialistische Beweggründe vorhanden seien. Er hätte zu
 den Absichten der Entente, daß sie esler als die der Zentralmächte
 wären, kein Vertrauen, da doch außer England und Frankreich auch
 Rußland zum Bunde gehöre, weil Frankreich offenbar Elfsah-Löh-
 ringen ohne Volksabstimmung annehmen wolle und weil die Entente
 für die nationalen Freiheiten, z. B. die der Polen, keine Garantie
 gelte.

Zum Schluß sagte Morgari noch, daß es ein großer Fehler der
 französischen Sozialdemokraten war, ihre Teilnahme an einer Kon-
 ferenz, woran auch die deutschen Sozialdemokraten teilgenommen
 sollten, zu verweigern. Er betonte, daß das Bureau in Haaga trotz-
 dem der Aufforderung der dänischen Partei gemäß eine solche Kon-
 ferenz einberufen sollte.

Die Tagung deutscher Ortskrankenkassen

begann am Montag in Eisenach. Über 100 Delegierte veritaten
 rund 1000 Kassen mit über 5 Millionen Versicherten. Nach dem
 Geschäftsbericht hat der Hauptverband das Tätigkeitsfeld der Ge-
 schäftsstelle im Berichtsjahre erheblich erweitert. Die Auskunfts-
 tätigkeit der Geschäftsstelle in allen Fragen der Krankenversiche-
 rung hat einen immer größeren Umfang angenommen. Es werden

liche Arbeiten müssen an Rumänen abgegeben werden, selbst
 wenn sie 5 Prozent mehr als der jüdische Konkurrent ver-
 langen.

Um Schulbildung zu bekommen, müssen die Juden für
 jedes Kind eine besondere Bildungssteuer zahlen.

Juden können über Nacht ausgewiesen werden. Kranke
 Juden dürfen in einem Staatshospital, falls man den Platz
 für einen Rumänen braucht, nicht aufgenommen werden. Ein
 Jude darf nicht verantwortlicher Redakteur einer Zeitung sein.
 Schulen, die von Juden gegründet und erhalten werden,
 müssen eine bestimmte Zahl rumänischer Lehrer anstellen, die
 von den Juden bezahlt werden.

Im Jahre 1878 auf dem Berliner Kongreß wußten die
 europäischen Mächte wohl, unter welchen Verhältnissen die
 Juden in Rumänien leben müssen; sie verlangten daher von
 Rumänien die Garantie, die Emanzipation der Juden ge-
 wissenhaft und ehrlich durchzuführen. Nur unter Durchfüh-
 rung dieses Punktes ist die rumänische Unabhängigkeit aner-
 kannt worden. Rumänien hat damals die Gleichberechtigung
 der Juden anerkannt und dies durch ihre Repräsentanten Bra-
 tianu und Rogolnitschianu unterzeichnen lassen.

Der Artikel 44 der rumänischen Verfassung besagt denn
 auch, daß die Zugehörigkeit zu irgend einer Religion kein
 Grund sein darf, um einem Einwohner Rumäniens die volle
 bürgerliche Gleichberechtigung zu verweigern. Aber die
 rumänische Regierung hat folgendes Amendement hinzuge-
 fügt: „An Rumänien lebende Ausländer, die sich unter keinem
 ausländischen Schutze befinden (damit sind die Juden ge-
 meint), können durch ein Gesetz an das Parlament ihre Na-
 turalisation erlangen. Das Parlament wird das Recht haben,
 die Naturalisation in solchen Fällen zu gewähren, in denen
 sie es für richtig anerkennt.“ Es versteht sich von selbst, daß
 die Naturalisierten alle Bürgerrechte bekommen. Aber anstatt
 die Judenmasse als naturalisiert zu erklären, wie es der Ber-
 liner Kongreß verlangt hat, hat die rumänische Regierung be-
 schlossen, ihre Juden einzeln zu naturalisieren. Die Folge
 dieser Politik war, daß in den letzten 35 Jahren nur einige
 hundert Juden emigriert wurden, während mehr als eine

im Durchschnitt gegenwärtig etwa 200 Auskünfte im Monat erteilt.
 Sehr zahlreich sind die Eingaben an die verschiedenen Behörden.
 Auch sind vielfach mündliche Verhandlungen mit den Reichs- und
 Landes-Zentralbehörden, dem Reichsversicherungsamt und anderen
 Stellen notwendig gewesen. Im Vordergrund der Tätigkeit standen
 namentlich die Anträge, die Wiedereinführung der hausärztlichen,
 namentlich die Krankenversicherung, die Auseinandersetzungen mit den Er-
 schaffenen, die Fragen der Arzneimittelversorgung, insbesondere die
 Verhandlungen mit dem Deutschen Apothekerverein, Verhandlungen
 mit dem Reichsgesundheitsamt über die deutsche Arzneiart, die
 Durchführung der Kriegswundhilfe und verschiedene andere Ange-
 legenheiten aus Anlaß des Krieges. Der Verbandsgeschäftsführer Leh-
 mann (Dresden) verlangte eine Beteiligung der Krankenkassen an
 der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Eine nachhaltige Für-
 sorge für verwundete und erkrankte Kriegsteilnehmer sei in hohem
 Maße geeignet, die Krankenkassen von den Folgen des Krieges zu
 entlasten. Das Reich möchte den meisten Mittel zur Durchführung
 der Krankenbehandlung bei Kriegsbeschädigten (bei Wiederaufreten
 der im Kriege erworbenen Leiden) zur Verfügung stellen. Wegen der
 Arzneiverteuerung, die die Krankenkassen in hohem Maße
 belasten, müßten vom Reich Maßnahmen getroffen werden. Als
 solche fordert der Redner Beschlagsnahme und Enteignungsrecht
 der in Deutschland benötigten Arzneistoffe und fertigen Zuberei-
 tungen, Monopolisierung des Großhandels durch eine unter Reichs-
 aufsicht stehende Gesellschaft, an der die chemische Industrie, der
 Großhandel, die Apotheker, die Militärverwaltung und die Kranken-
 kassen zu beteiligen sind. Diesen Forderungen stimmt die Ver-
 sammlung ohne Diskussion einstimmig zu.

Der Berichterstatter besprach dann die Regelung der Ver-
 zinsungen zur Unfallversicherung, die in der bisherigen
 Form nicht genüge, und ging dann auf das Verhältnis zu
 den Krankenkassen ein. Er forderte die Beteiligung dieser Er-
 schaffenen als Ersatzleistung für die Zwangsversicherung. In
 der Aussprache wurde dieser Forderung allgemein zugestimmt. Da-
 bei zeigten mehrere Redner, in welcher reiflichen, marktschrei-
 der Weise launische Erklärungen, besonders die des Deutschen
 Handlungsgehilfenverbandes, verstanden, Mitglieder zu werden.

Der Referent behandelte dann die Vorschläge für den
 Besuch der Versammlungen der Kassenvereini-
 gungen, die in den einzelnen Bundesstaaten sehr verschieden sind.
 Er verlangte den Wegfall der vorherigen Genehmigung durch die
 Aufsichtsbehörden.

In der Diskussion wies Justizrat Dr. Mayer (Frankfurt)
 auf die Wichtigkeit der Kassenvereinigungen hin. Er hält die ein-
 schränkenden Beschränkungen für ungeschickt. Reichslandsgeordneter
 Bauer (Berlin) stimmte dem zu. Nicht nur die Bestimmungen
 über das Versammlungsrecht der Kassen, sondern das ganze Auf-
 sichtsrecht sei abänderungsbedürftig. Vom Selbstverwal-
 tungsrecht der Ortskrankenkassen sei nichts mehr
 übrig, wenigstens nicht in Preußen. Graf (Frankfurt
 a. M.) betonte, der Weltkrieg habe gezeigt, daß das, was aus poli-
 tischen Maß in die Reichsversicherungsordnung hineingebracht wor-
 den sei, unberechtigt war.

Der Referent machte dann noch eine Reihe wichtiger Mittei-
 lungen. Mit dem Verband der Bureauangestellten seien Verein-
 barungen über die Wiedereinstellung Kriegsbeschädigter getroffen
 worden. Mit großem Erfolg sei der Hauptverband bei Kommunal-
 verbänden wegen Bewilligung von Zuschussarten für
 werden und stützende Mütter vorstellig geworden. Für
 die Änderung der Reichsversicherungsordnung wird die Einsetzung
 einer Kommission vorgeschlagen, die bestimmte Anträge ausarbei-
 ten soll.

In der Generaldiskussion wünscht Pollender
 (Leipzig), daß der Vorstand dem Verlangen der Militär-
 behörde auf Einsicht in die Krankheitsgeschichte krank oder in-
 valid geordneter Militärpersonen keine Beachtung schenkt. Dieses un-
 berechtigte Verlangen habe seine Ursache in dem Bestreben, die
 Rente möglichst niedrig festzusetzen. Justizrat Mayer erklärt, der
 Vorstand habe sich mit der Auskunftspflicht gegenüber den Militär-
 behörden eingehend beschäftigt und sich auf den Standpunkt ge-
 stellt, daß diese Pflicht nicht besteht. Die Sache soll durchgefochten
 werden.

Der Einsetzung einer Kommission für die Abänderung der
 Reichsversicherungsordnung wird zugestimmt und der Vorstand be-
 zogen ermächtigt, die Vorbereitungen für eine Ausstellung über die
 Einrichtungen der Ortskrankenkassen zu treffen.

Ueber die Errichtung einer Prüfungsstelle für die Ge-
 schäftsführung der Krankenkassen referierte sodann Justizrat
 Dr. Mayer. Gegenstand dieser Prüfungsstelle soll die äußere und
 innere Geschäftsführung nach der Richtung einer klugen und sozial-
 fortschrittlichen Verwaltung sein. Die Form der Stelle sollen die
 Unterverbände noch erörtern.

Nach einer kurzen Debatte wurde diesen Vorschlägen zugestimmt.

Kommerzienrat Simon (Berlin) begründet hierauf seine
 Entschlieung, die die Kassen zur Zeichnung der Kriegs-
 anleihe aufforderte, die einstimmige Annahme fand.

Bei dem Punkt Verhältnis der Unterverbände
 zum Hauptverband“ leitete Prähdorf mit, es sei der Vor-
 schlag gemacht worden, einen Beirat als Glied zwischen Vorstand
 und Hauptversammlung zu bilden. Die Unterverbände sollten dazu
 Stellung nehmen.

Ueber den Stand der Anträge berichtet ebenfalls Prähdorf.
 Das Berliner Abkommen habe die Streitigkeiten über die

Wierelmillion heute noch als Fremde im Lande betrachtet
 werden.

Während vor dem Berliner Kongreß die Juden als rumä-
 nische Untertanen angesehen wurden und sich unter dem
 Schutze der rumänischen Regierung befanden, wurden sie durch
 jenes Amendement plötzlich als in Rumänien lebende Aus-
 länder ohne ausländischen Schutz erklärt. Große Massen von
 Juden, die seit Generationen in Rumänien leben, ihre Will-
 tär- und alle anderen staatlichen Pflichten erfüllen, sind schwe-
 lose Ausländer geworden und sind es heute noch. Sie sind
 aber ins Meer eingezogen und sollen sich für ein größeres
 Rumänien schlagen. Man kann ungefähr berechnen, mit
 welcher Begeisterung das geschieht. —

Deutsche Tugenden im italienischen Korporalsbuch.

Der „Avanti“ bringt die Meldung (die er überschreibt: Die
 Wahrheit über Deutschland), daß erhaunischerweise sich
 heute noch in den Händen vieler italienischer Soldaten ein „Hand-
 buch für den Korporal“ befindet, in dem die Sätze zu lesen sind:
 „Eine der Nationen, die in jüngerer Zeit den Beweis dafür er-
 brachte, welche Erfolge ein Volk haben kann, das von jenen Tugen-
 den befeht ist, ist Deutschland. Vom Tag, an dem der König von
 Preußen sein Heer aufbot zu den ruhmreichen Feldzügen von 1806
 und 1870 bis zu dem Tage, an dem er es zu dem heimischen Feld-
 entlich, verringerte sich dies Gefühl nie, es behauptete sich
 sprechend der Größe und der Verdienste dieses Volkes. Das
 deutsche Heer vollbrachte (der „Avanti“ kann nicht umhin, das folgen-
 gesperrt zu drucken) aus natürlichem Instinkt heraus
 und ohne jeden Uebermut das ruhmwürdigste; es hielt
 immer eine eiserne Disziplin aufrecht, ein unerschütterliches Be-
 trauen auf die Tüchtigkeit und Aufrichtigkeit seiner Führer. In Krie-
 gen sowohl wie während langer schwieriger Belagerungen führte
 trotz äußerer Kälte diese Soldaten ihre Aufgabe mit derselben
 Pünktlichkeit und Tüchtigkeit durch, als ob es sich um normale
 Friedenszeiten handelte.“ Der italienischen Seeresleitung ist es
 bisher entgangen, daß sich dieses von einem Hauptmann Perrot
 geschriebene Handbuch noch im Umlauf befindet. Das dürfte die
 heute, wo man die Lehre von den „neuen Hunnen“ verbreitet,
 etwas peinlich sein.

Engliche Versorgung weder beseitigt noch wesentlich vermindert. Das Verhältnis hätte sich in neuerer Zeit trotz des Bürgerkriegs noch verschärft. Auf dem Wege der Gesetzgebung müßte den Klassen geholfen werden, besonders die Arbeiter und Hilfsarbeiter einzurichten. Trotz des Berliner Abkommens versuchten die Ärzte, den Klassen ihren Willen aufzuzwingen; dagegen müßten sich die Klassen entschieden wenden. Den Klassen sei zu empfehlen, Ärzteverträge abzulehnen, die Pauschalgebühren vorschreiben, die höhere Aufwendungen verursachen, als Bezahlung der Einzelleistungen nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung, Verwaltungs-, Prüfungs- und andere Ausschüsse, die nicht gleichmäßig aus Ärzten und Klassenvertretern zusammengesetzt sind, Verteilung des Arzthonorars durch Ärztevereine oder Ausschüsse ohne Mitwirkung und Prüfung der Klasse. Reichstagsabgeordneter Bauer sagte in der Aussprache, der Vorstand lasse sich von den Ärzten an der Nase herumführen. Die Ärzte würden Schindluder mit dem Abkommen treiben und es nicht einhalten. Eine Resolution im Sinne der Ausführungen Fröhbergs fand Annahme.

Das Thema „Mutterkassensicherung und Krankenversicherungen“ behandelt Graf (Frankfurt a. M.). Die Reichswochenhilfe sei einer der bedeutendsten Akte sozialer Fürsorge während des Krieges. Sie bedürfe jedoch dringend der sofortigen Ergänzung in der Weise, daß bis zur Einführung einer allgemeinen Mutterschaftsversicherung die freiwillige Selbstversicherung auf die Leistungen der Wochenhilfe aller nicht versicherten weiblichen Personen bei den Krankenkassen zu Lasten des Reiches zulässig sein soll. Die Leistungen der Reichswochenhilfe müßten aber auch nach Kriegsende erhalten bleiben. Das Reich solle dann weiter Ertrag in dem bisherigen Umfang der Klassen leisten und die Klassen sollten befugt sein, darüber hinaus Beiträge zu leisten. Eine Resolution in diesem Sinne wurde angenommen und die Verhandlungen dann auf Dienstag vertagt.

Gewinne aus Staatsbetrieben.

Einen Reingewinn von ein und ein Viertel Milliarde Mark erzielt der Staat in Deutschland — Reich und Bundesstaaten — jährlich aus seinen eigenen Betrieben und Vermögen, nach den Vorschlägen des Jahres 1913, die Dr. F. R. Zimmermann seiner interessanten Arbeit über die Finanzwirtschaft des deutschen Reichs und der deutschen Bundesstaaten zu Kriegsbeginn 1914 (Berlin, S. Göschen, 1916) zugrunde gelegt hat. Es ist das die Gesamtsumme der staatlichen Gewerbetriebe aus den Staatsbahnen, der Post, den Forsten, Domänen, Gruben, Salinen, Fabriken, Steinbrüchen, Bädern, Mineralbrunnen usw. Davon entfallen auf:

Das Reich	186 800 000 Mark
Preußen	696 794 000
Bayern	146 293 700
Königreich Sachsen	59 628 500
Württemberg	47 103 100
Baden	35 349 400
Hessen	20 838 100
Mecklenburg-Schwerin	8 834 700
Sachsen-Weimar	3 234 500
Oldenburg	4 525 500
Braunschweig	8 156 400
Sachsen-Meiningen	2 915 900
Anhalt	4 993 000
Kleinere Staaten	6 174 300
Lübeck	2 757 000
Bremen	5 449 000
Hamburg	12 960 000
Insgesamt	1 252 819 100 Mark.

Die Erträge der kommunalen Betriebe von Hamburg, Lübeck, Bremen sind in diesen Angaben nicht enthalten, sondern nur die der rein staatlichen: der Domänen, Wäldungen, Lotterien usw.

Diese Einkünfte des Staates ließen sich durch Verstaatlichung aller Gruben und Forsten, der Erzeugung elektrischer Energie, der Schifffahrt und bereits verstaatlichter Industriezweige bedeutend vermehren, ohne daß damit eine neue Belastung des Volkes verbunden wäre. Der Staat wird nach dem Kriege diesen Weg auch beschreiten müssen, da anderes die ungeheuren Kosten dieses Krieges kaum gedeckt werden können.

Vermischte Kriegsnachrichten.

In der Getreideschiebergeschichte Westpreußen-Berlin wurde das erste Urteil gefällt, dem noch viele folgen werden. Ein Landsturmmann Stöck aus Berlin hatte Gefangene zu betäuben und war ein Stöck mit einer Abteilung Russen im Kreise Schweiß beschäftigt. Er benutzte diese Gelegenheit, große Mengen Brotgetreide und Getreide aufzukaufen und nach Berlin zu verschleppen, der Bahnhofsvorsteher in Mendenaue hat dieses Getreide als Kartoffeln deklarieren, und so nach Berlin verladen und abgeliefert. Der Bahnhofsvorsteher wurde nun verurteilt wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung betreffend Brotgetreide und Getreide zu 4000 Mark Geldstrafe, wegen Betruges zu 1 Jahr Gefängnis, wegen Weisung zum Verbrechen im Amt zu 1 Jahr Zuchthaus und endlich zu 10 Jahren Ehrverlust und Ausstoßung aus dem Heere. Die Freiheitsstrafe wurde zusammengezogen in 1 Jahr Zuchthaus und 7 Monate Gefängnis.

Zu den gestern mitgeteilten Ziffern von Schiffserlenkungen durch deutsche Raubboote wird nachgetragen: im englischen Kanal wurden vom 3. bis 13. September weitere zwanzig feindliche und neutrale Handelsschiffe von insgesamt 96 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt. Letztere, weil sie Panzernachschiffe führten und ihre Einbringung unmöglich war. Im ganzen sind demnach vom 3. bis 13. September durch deutsche Raubboote im englischen Kanal und im Atlantischen Ozean 53 Schiffe von insgesamt 74 088 Brutto-Register-Tonnen versenkt worden.

Eine Konsumvereinsbäckerei in Wien ist vor zwei Monaten von dem Zentral-Konsumverein in Wienhof, der über 500 Mitglieder zählt, ins Leben gerufen worden. Ihre Ein-

richtung ist der „Volksstimme“ zufolge von der Bevölkerung lebhaft begrüßt worden, da sie vor allem für eine bessere Beschaffenheit des Brotes gesorgt hat und außerdem den Preis um 1 Pfennig herabsetzte.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Lugano: Die französische Regierung unterdrückt ein in Paris erscheinendes kriegsfeindliches Blatt, das Organ der russischen Sozialisten.

Reuter meldet aus London: Leutnant Raymond Asquith von den Garde-Grenadieren, der älteste Sohn des Premierministers, ist am 15. September gefallen.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London vom 15. September: In den gestern fortgesetzten Verhandlungen zwischen Vertretern der Eisenbahngesellschaften und der Eisenbahner-Gewerkschaften haben die letzteren eine Lohnserhöhung von drei Schilling die Woche über die fünf Schilling Zuschlag hinaus angeboten, die im Oktober 1915 gewährt worden sind. Sie haben daran die Bedingung geknüpft, daß die Frage, ob die Löhne noch mehr erhöht werden sollen, der schiedsrichterlichen Entscheidung zu überlassen sei. Die Vertreter der Eisenbahngesellschaften haben diesen Vorschlag nicht angenommen.

Aus der Partei.

An die Parteigenossen!

Von unbekanntem Personen, die sich unter dem Deckmantel „Opposition“ verbergen, wird das Reich fortgesetzt mit Flugchriften überschwemmt. Man weiß nicht immer mit Sicherheit, welcher besonderen Gruppe der vielfältigen Opposition im einzelnen Falle durch die Flugblätter gedient werden soll. Die fortgesetzte Herabwürdigung der Parteipolitik, die unausgesetzte wüste Beschimpfung und Verdächtigung der im Vorderebenen der Arbeiterbewegung stehenden Körperschaften und Personen müssen schließlich zur Zerrüttung der Arbeiterorganisationen führen.

Die meisten der anonymen Verleumdungen sind so handgreiflich töricht, daß sie einer Widerlegung nicht bedürfen; an einem besonderen Beispiel soll aber doch einmal öffentlich gezeigt werden, wie gewissenlos in den Flugchriften gearbeitet wird. In den „Mitteilungen der Opposition, Nr. 4“ wird neben allerlei anderen Unwahrheiten auch behauptet, daß der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften Arbeiter in den Rücken gefallen seien, die einen Sympathiestreik unternommen hätten.

Aber damit nicht genug:

„Durch die Drohung, daß sonst das schöne Dienstverhältnis der Gewerkschafts- und Parteinstanzen zur Regierung in die Brüche gehen würde, haben die Militärbehörden sich die Generalkommission der Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteivorstand gefügig gemacht. Die gepanzerte Faust der Militärdiktatur hat sie in den Knien gepackt.“

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat den Mias gegen die streikenden Arbeiter entworfen, und in alleruntertänigstem Gehorsam hat auch der zitternde Parteivorstand seinen Namen darunter gesetzt. Gegen Arbeiter, gegen streikende Arbeiter, gegen Parteigenossen in der Zeit des Belagerungszustandes führen sie gemeinsam die beiden höchsten Instanzen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland!

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß jedes Wort dieser Behauptungen eine freche Verleumdung ist. Weder eine Militärnachricht irgend eine andere Behörde hat auch nur den geringsten Versuch gemacht, auf die Generalkommission oder den Parteivorstand in dem angegebenen Sinne einzutreten. Weder hat die Generalkommission den Entwurf zu irgend einem Mias gemacht, unter den der Parteivorstand seinen Namen gesetzt hätte, noch hat eine Verbreitung der Warnung, wie gleichfalls behauptet wird, unter irgend welcher Affizienz von Parteigenossen stattgefunden.

Wahr dagegen ist, daß die beiden Körperschaften, denen die gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter das größte Vertrauen schenken, aber auch mit der schwersten Verantwortung beauftragt, gemeinsam gewarnt haben vor den gewissenlosen Aufforderungen vollkommen unbekannter Personen zu Handlungen, die für jeden Teilnehmer die schwersten Folgen haben könnten. Diese Warnung vor dem Treiben anonymen Flugblattschreiber halten wir vollkommen aufrecht und wiederholen sie hiermit.

Die Einstellung der Arbeit kann schon in friedlichen Zeiten eine so folgenschwere Handlung sein, daß alle Gewerkschaften besondere Streikbestimmungen getroffen haben. Nach diesen soll jede unüberlegte Arbeitseinstellung unmöglich gemacht werden; sie wird abhängig gemacht von der Zustimmung der in Betracht kommenden Organisationen bzw. der Zentralvorstände. Jetzt im Kriege, sollten die betroffenen Körperschaften ruhig zusehen, wie durch ein unverantwortliches Treiben unbekannter Personen gutgläubige Arbeiter in das Unglück gestürzt, die mühsam aufgebauten Organisationen auf das schwerste gefährdet, wenn nicht direkt dem Untergang geweiht werden?

Wo sind denn die Adressen der geheimnisvollen Flugblattschreiber, an die sich die Arbeiter oder deren Angehörige doch wenden müssen, wenn sie infolge der Treibereien durch „wilde Streiks“ in Not geraten und gezwungen sind, Unterführungen anzufordern? Jeder sozialistisch geschulte Arbeiter wird und zustimmen, wenn wir darüber wachen, daß die Organisationen nicht bei Seite geschoben und über deren Köpfe hinweg unbekannte Personen die Arbeiter zu dirigieren suchen.

Berlin, den 18. September 1916.

Der Parteivorstand. Die Generalkommission.

Wie's gemacht wird.

Die Frankfurter Opposition hat natürlich dafür gesorgt, daß ihre Erklärung aus der letzten Versammlung des Frankfurter Sozialdemokratischen Vereins, zu deren Verlesung sie wieder eine Frau vorschickte, während sich die Verfasser im Hintergrund hielten, in der oppositionellen Parteipresse veröffentlicht wurde. Man konnte hoffen, daß auf diese Weise die auswärtigen Genossen einen unklaren Beleg für die Kampfwiese der Opposition gegen eigene

Parteigenossen erhalten würden. Denn bekanntlich befindet sich in der Erklärung eine Stelle, die besagt, daß man seitens der Opposition die Obstruktion gegen Parteigenossen so erlaubt hält, wie gegen bürgerliche Gegner. Aber siehe da — ein merkwürdiges Schicksal bewahrt die Frankfurter Opposition vor dieser Bloßstellung. Mit einer einzigen Ausnahme haben die auswärtigen Parteiblätter, die die Erklärung abdruckten, die ominöse Stelle durch den oppositionellen Zensurist getilgt. Was sagt die Frankfurter Opposition zu dieser schamhaften Kritik, die ihre eigene Presse an dem Geharn ihrer Frankfurter Anhänger übt?

Die neue Reichsanleihe

Es wieder mit dem 5prozentigen Zinsfuß ausgestaltet und vor dem 1. Oktober 1924 seitens des Reichs „unkündbar“. Das heißt: Bis dahin kann das Reich die Anleihe nicht zur Rückzahlung kündigen. So lange muß in jedem Falle die Verzinsung mit 5 v. H. gewährt werden. Das Reich verfügt im Wege der Gesetzgebung über die Mittel, der von ihm gegebenen Zusage unter allen Umständen gerecht zu werden. Das Wort „unkündbar“ bedeutet nicht, daß der Gläubiger (Zeichner oder spätere Erwerber) sich nicht vorher wieder flüssiges Geld verschaffen kann. Braucht er Geld, so kann er schon zu einem früheren Zeitpunkt verlaufen oder die Wertpapiere beileihen lassen. Der Zeichnungspreis für die 5prozentige Kriegsanleihe beträgt 98 Mark, bei Schuldbucheintragungen 97,80 Mark für je 100 Mark Nennwert. Da die Ausgabe 2 v. H. unter dem Nennwert erfolgt, so ist die wirkliche Verzinsung höher als 5 v. H.

Reben der 5prozentigen Reichsanleihe legt das Reich noch 4 1/2prozentige auslosbare Schatzanweisungen auf. Der Ausgabekurs beträgt 95 v. H. und die tatsächliche Verzinsung der Schatzanweisungen demnach fast 4 1/2 v. H. Die Schatzanweisungen werden in 10 Serien, alljährlich am 1. Juli vom Jahre 1922 ab bis zum Jahre 1932 fällig, nachdem die einzelne Serie jeweils 6 Monate vorher ausgelöst worden ist. Die Rückzahlung geschieht zum Nennwert, so daß der Besitzer gegen den Ausgabepreis 5 v. H. gewinnt. Wenn sich der Inhaber eines Stückes der fälligen Serie nicht den Betrag auszahlen lassen will, hat er das Recht, an Stelle der Einlösung die Schatzanweisung als 4 1/2prozentige Schuldverschreibung unkündbar bis 1. Juli 1932 zu behalten. Er behält dann die Verzinsung von ungefähr 4 1/2 v. H. Bei der Schatzanweisung besteht außerdem die Aussicht, durch frühe Auslösung und Rückzahlung den beträchtlichen Kursgewinn zwischen dem Nennwert und dem Ausgabekurs von 95 v. H. schon nach wenigen Jahren zu machen.

Was der einzelne zeichnen will, ob Reichsanleihe oder Schatzanweisung, muß seinem Ermessen überlassen bleiben. Die Zeichnungsstellen werden ihn gern beraten.

Wer soll zeichnen? 1. Jeder, der entbehrliche Barmittel liegen hat. 2. Jeder, der Guthaben laufen hat, die er nicht in absehbarer Zeit für anderweitige Bedürfnisse unbedingt bereithalten muß. 3. Jeder, der späterhin Einnahmen zu erwarten hat, die er für laufende Bedürfnisse des Lebens nicht unbedingt braucht.

Die Zeichnung der Anleihen geschieht durch den Zeichnungsschein oder, wenn ein solcher nicht zu erlangen ist, durch eine schriftliche Mitteilung an eine Zeichnungsstelle. Zeichnungsstellen sind die Reichsbankanstalten, sämtliche deutschen Banken, Bankiers und ihre Filialen, sämtliche deutschen öffentlichen Sparkassen und ihre Verbände, sämtliche deutschen Lebensversicherungsgesellschaften und sämtliche deutschen Kreditgenossenschaften. Auch die Postanstalten sind Zeichnungsstellen, jedoch nur für Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, nicht für Schatzanweisungen. Die Zeichnung kann vom 30. September an, muß aber erst zu den im Zeichnungsschein angegebenen Zeitpunkten erfolgen. Jede Zeichnungsstelle wird Rat und Auskunft erteilen.

Trustfrei

Trustfrei

„Unsere Marine“

Zigarette
2 1/2 Pfg.

einschließlich Kriegsaufschlag

**Trotz Steuererhöhung
behalten unsere Zigaretten ihre
alten anerkannten Qualitäten!**

Georg A. Jasmatzi Aktien-Gesellschaft

Das eiserne Gebot der Stunde:
Zeichne die Kriegsanleihe!

Wer sparen will

bel Neuanschaffung von Garderoben, lasse Damen-, Färberei Gebr. Röver...
Horren- u. Kinder-Kleider chem. reinigen od. umfärben.
Ebenfalls Vorhänge, Decken, Handschuhe, Federn etc.

Wohltätigkeits-Abteilung des Taunus-Klubs Frankfurt am Main.

Helfet uns auch weiterhin, die so dringend notwendige Kriegsfürsorge den bedürftigen Familien in den Dörfern unseres Taunusgebirges angedeihen zu lassen.

Vor Jahresfrist, im August 1915, haben wir uns mit einem Aufruf an unsere verehrlichen Mitbürger gewandt, uns Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um damit in den Taunusdörfern den vielen Familien Hilfe zu bringen...

In Würdigung der Verhältnisse und des Umstandes, daß die hiesige Zentral-Sammlung der Kriegsfürsorge, deren Mittel ausschließlich für die Bedürfnisse des Stadtkreises Frankfurt a. M. bestimmt sind, anderwärts keine Unterstützung geben kann...

Dadurch war uns die Möglichkeit gegeben, den zahlreichen bedürftigen Familien der Kriegsteilnehmer im Taunus Hilfe zu bringen.

Durch die wachsende Zahl der Einberufungen und die herrschende Teuerung hat sich die Zahl der Unterstützungsuchenden außerordentlich erhöht, sodaß wir seit 1. August 1915 bis jetzt 17 840 Mark für 1512 Familien aus 76 Taunusdörfern auswenden mußten.

Das Ergebnis unserer Sammlung vom August 1915 belief sich auf 15 300 Mark. Es sind nur solche Familien bedacht worden, deren Verhältnisse nach eingehender Prüfung eine Unterstützung dringend erheischen.

Unsere Mittel sind hierdurch so zusammengeschmolzen, daß wir dem kommenden Herbst und der Winterszeit mit banger Sorge entgegensehen, umso mehr, als auch schon in Friedenszeiten die Ansprüche an unsere Unterstützungskasse im Winter immer sehr bedeutende gewesen sind.

Nur wenn uns jetzt wiederum neue und reichliche Mittel zufließen, können wir das große väterländische Unterstützungswerk auch weiterhin in bisheriger Weise fortsetzen.

Fast alle unsere verehrlichen Mitbürger haben schon Wanderungen in unser so schönes heimatisches Gebirg unternommen und so viele haben dort Befriedung, Ruhe und Erholung gefunden. Sie alle mögen bedenken, daß es in den landschaftlich meist schön gelegenen Dörfern sehr viele Bedürftige gibt, die durch den Krieg in besonders große Bedrängnis geraten sind und deren Not zu lindern, wir uns als heilige Aufgabe gestellt haben.

Dann hoffen wir sicher nicht vergebens, daß der so oft erprobte Wohltätigkeitsfuss unserer Bürgerschaft auch in diesem so dringenden Falle nicht versagen wird, damit im dritten, schwersten Kriegsjahr den Armen im Taunus die Möglichkeit gegeben ist, fernhin erfolgreich durchzuhalten.

Der Vorstand des Taunus-Klubs Adolf Balzer, 2. Vorsitzender.

Die Wohltätigkeits-Abteilung des Taunus-Klubs Joseph Wisloch, Vorsitzender.

Zur Entgegennahme von Gaben sind bereit:

Gottfried Damann, in Firma F. Damann, Wilhelm Fischer-Spindlerberger, Karl Furd, in Firma J. Hechel Nachfolger, Jean Wehr, in Fa. Friedrich Adolf Schmidt Nachf., Joseph Wisloch,

Wibeler Straße 7, Schweizer Straße 22a, Bleidenstraße 22, Opernplatz 4, Eichenheimer Anlage 31a, Postfach-Konto Nr. 0024.

Die eingegangenen Beträge werden veröffentlicht.

Als Ehrentag unserer Marine

soll der 1. Oktober, wie im ganzen Vaterlande, auch in Frankfurt a. M. gefeiert werden. Der unergänglichen Taten unserer Kreuzer und Linienschiffe, der kühnen Fahrten unserer U-Boote, Torpedo-Boote, der Marine-Luftschiffe und Flugzeuge, der stillen, opfermühtigen Tätigkeit der Minen- und Vorpostenschiffe und nicht zuletzt der Taten des tapferen Marinekorps in Flandern will das ganze deutsche Volk ohne Unterschied des Standes und der Partei freudig gedenken und am

Marine-Opfertag 1916

allen Helden zur See seinen Dank und seine Anerkennung begeistert zum Ausdruck bringen. Jeder Deutsche ehre sich selbst und feiere diesen Tag durch eine Spende — sie sei groß oder klein!

Geschäftsführender Ausschuss für den Marine-Opfertag 1916:

Vorsitzender: Direktor J. Rinsler.

W. Barndt, Direktor M. Eping, Frau Olga Gumpf, Fr. von Hasperg, Frau Hofrat Hagen, Fr. Emma Jordan, W. Klappert, Frau Bürgermeister Luppe, R. Mahlau, Carl Neithold, Frau Geheimrat Oswald, Geh. Kommerzienrat R. von Passavant, Frau Geheimrat Quinde, Frau Polizeipräsident Rief von Scheurnschloß, Walter vom Rath, Dr. A. Riloff, Emil Sulzbach, Frau Schmidt-de Neufville, O. Schmidt, Frau Oberbürgermeister Voigt.

Ehren-Ausschuss:

Direktor Konrad Andrae, Stadtrat Josef Boer, J. Bardsorf, Frau Oberlandesgerichtsrat Barthelmes, Kgl. Landesökonomierat Hartmann-Lübke, Ludwig Beer, Karl Gehrig, Behrendt, Kommerzienrat Eduard Beitz von Spener, Geh. Regierungsrat Heinrich Bellina, Stadtr. Dr. Berner, Freiherr S. Moritz von Beckmann, Direktor Karl Bindig, Stadtrat Prof. Dr. Bleicher, Frau Erste Staatsanwalt Blahme, Direktor Dr. V. Bonn, Frau Geheimrat Brantsch, Stadtrat Dr. Ludwig Bruns, Gräfin Hülsen, Frau Professor Burdard, Excellenz Frau Admiral von Coerper, Karl Dönges, Vor. des Lehrervereins, Stadtr. Dr. Heinrich Ehlert, Fr. Anneliese Eichhorn, Geh. Regierungsrat de la Fontaine, Geh. Justizrat Dr. Fritz Friedleben, Karl Hermann Fülbs, Stadtrat Paul Fülbs, Geh. Kommerzienrat Dr. Leo Gans, Otto Goldmann, Frau Olga von Grunelius, R. L. Herr, Konrad Otto von Günther, Direktor Ludwig H. Hahn, Justizrat Dr. Adolf Haewer, Direktor Dr. jur. Alfred von Henden, Frau Ferdinand Hrich, Alfred Hoff, Excellenz Freiherr von Hüllen, Direktor Dr. Karl Horn, für die Herren Direktoren der hiesigen höheren Schulen, Verksratsanwalt Dr. Duperq, Ludwig Joseph, Fr. Jüngling, Kgl. Kommissionsrat J. C. Jurek, Kommerzienrat Bernhard Kuhn, Frau Kapitänleutnant Kies, Rektor Georg Klarman für die Herren Direktoren der hiesigen Mittel- und Volkshulen, Regierungsrat Georg von Klenz, Louis Koss, Generaldirektor E. B. Köber, Frau Konrad K. Köhner, Hugo Krieb, Bankier August Labenburg, Kommerzienrat Ernst Labenburg, Generaldirektor J. Landberg, Strel. Geh. Oberpostamt Rudolf Laursheim, Freiherr von Levetzky, Frau General Albedin, Frau Luise Wier, Frau Dr. M. Vucius, Bürgermeister Dr. Hermann Luppe, Stadtdirektor Hermann Malz, Geh. Kommerzienrat Ludw. Mayer, Direktor Alfred Merion, Landgerichtspräsident G. Mittag, Frau Stadtrat Dr. de Neufville, Kommerzienrat Robert de Neufville, Bankier Adolf Neuhadt, Frau Professor von Noorden, Landtagsabgeordneter Adolph Oeler, Worthy R. Oppenheim, Oscar Franklin Oppenheimer, Generaldirektor Dr. Th. Pfenninger, Geh. Regierungsrat Professor Dr. L. Pöble, Reichstagsabgeordneter Dr. Max Quard, Frau Walter vom Rath, Frau Ehrenabteilungspräsident Neuland, Frau de Ritter, Polizeipräsident Rich von Scheurnschloß, Frau Wilhelm Schärer, Frau Professor Koppel, Generaldirektor Professor Bernhard Salomon, Stadtrat Dr. W. Saran, Frau Stadtrat Schaumann, Direktor Karl Schäfer, Freiherr Philipp Schy von Soromls, Excellenz Frau Schmidt-Meyler, Regierungsrat Freiherr Alfred von Schumann, Kommerzienrat Arthur Siebert, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn, Stadtrat Dr. Karl Sulzbach, Bankrat Dr. Karl Töhlen, Professor Dr. A. Voigt, Oberbürgermeister Georg Voigt, Hermann Weill, Generalkonsul Karl von Weinderg, Frau C. Wertheimer-de Berg, Justizrat Dr. Rudolf Winterwerb, Direktor Gustav Wip, Hermann Bronler, Frau Sanitätsrat Zimmer.

Alle Geldspenden bitten wir auf Postfachkonto Nr. 12779 Marine-Opfertag 1916 zu überweisen.



Hans Zissler

Mit tiefer Erschütterung erhielten wir die traurige Nachricht, dass unser lieber guter Sohn...
Musketter im Inf.-Reg. III
Am 12. September 1916 in noch nicht vollendetem 21. Lebensjahre den Heldentod erlitten hat.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie M. Zissler, Textorstrasse 62.

Tüchtige Dreher Tüchtige Schlosser

für Motorenbau bei hohem Verdienst gesucht.
Maschinen- und Armaturen-Fabrik vorm. H. Breuer & Co., Höchst a. M. Abteilung Motorenfabrik.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Frankfurt am Main.
Mitgliedschaft Bezirk Wehdend.
Am Donnerstag den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Nach. Höcher Straße 64.
Bezirks-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Experimental-Schulbildervortrag: Die Physik des Unterseebootes, Ref. Herr Professor Dr. A. Oppen (Ausschuss für Vorträgevorlesungen). 2. Bezirksangelegenheiten.
Karten à 10 Pfg. sind bei den Vertrauensleuten erhältlich.
Um zahlreichsten Besuch ersucht
Die Bezirksleitung.

Mittel-Schellfische
Pfund 95 Pfg.
Neue Vollheringe Stück 24 f
la grosse Vollheringe Stück 34 f
Rollmöpse Stück 26 f
Kron-Sardinen Pfd. 140 f
Schellfische in Gelee Pfd. 130 f
Geräuch. Schellfische Pfd. 150 f
Oel-Sardinen Dose 58 bis 125 f
Bouillonwürfel 5 Stück 19 f
Plantox
Fleischbrühe-Ers.-Würfel 4 Stück 10 f
Latscha's Korn-Kaffee Pfund 38 f
Senta-Malz-Kaffee Pfund 53 f
Schokoladenpulver 1/2 Pfund 90 f
Puddingpulver 3 Stück 50 f
Ohne Karte!
Burnus Paket 25 f
Waschmittel für bunte u. weiße Wäsche.
J. Latscha.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Städtische Gewerbeschule Frankfurt a. M.
Moltke-Allee 23.
Beginn des Winterhalbjahres am 18. Oktober 1916.
Abend- und Tagesunterricht.
Für den Abendunterricht beträgt das Schulgeld für Einheimische 6 Mark, für Auswärtige 10 Mark pro Halbjahr.
Tagesunterricht an jedem Wochentage: Für Maler, Schreiner, Drechsler, Glaser, Tapetlerer usw. von 8-12 Uhr vormittags.
Das Schulgeld beträgt für wöchentlich 6 Vormittage 6 Mark, für wöchentlich 3 Vormittage 3 Mark im Monat.
Für Bauhandwerker (Maurer, Zimmerer, Steinmetzen) findet halbjähriger Tagesunterricht in getrennten Klassen statt.
Anmeldungen von Schülern werden am 28. September und 29. September, sowie am 2. Oktober nachmittags zwischen 4 und 7 1/2 Uhr entgegengenommen.
Freihandzeichnen, Stichelzeichnen und Modellieren für Schulfabrikanten als Vorbereitung für einen gewerblichen Beruf: Mittwochs und Samstag von 3 bis 5 oder 5 bis 7 Uhr. Das Schulgeld beträgt 3 Mark im Halbjahr.
Anmeldungen für die Knabenkurie am 30. September, nachmittags von 4 bis 5 Uhr. Das Schulgeld ist bei der Anmeldung zu entrichten.
Der Direktor.

„ALA“
Beste Dauer-Hochglanz-Schuh-Creme
der vollendete Schuhputz.
General-Vertreter 1427 für Frankfurt a. M. u. Umgeb. W. Brückmann, Oeder Weg 65.

Kaufe alle Möbel
Beiten, ganze Einrichtungen.
Seligmann, Töngesgasse 14
Telephon Hanfa 6125. 747

Suche für sofort
Tagelöhner und Fuhrleute
bei gutem Lohn.
Seligmann Grünebaum
Sanauer Landstr. 147-49.

100 Schweine billig zu verkaufen.
Herfel zu 18, 25, 30 und 35 f, große billig.
Eichenheimer Wdgr. 467. Fr. 6116. 1486

Gesucht zum sofortigen Eintritt
erfahrener Maschinist
für Dampfketel, Dampfmaschine und elektrische Lichtanlage.
Landsberg & Ollendorff
Ruhwaldstraße 55 1544
Tüchtiger, militärfreier

Leigmacher
gegen guten Lohn sofort gesucht.
Brotfabrik Günther,
1487 Hermannweg 12.

Werkstattschreiner
für Bau- und Möbelerbeit gesucht.
J. & W. Proesler
Frankfurt a. M. - Rödelheim
Westerbachstrasse 34.